

# ***Beschluss***



## **Europawahlversammlung 11.10.2008 FDP Landesverband Berlin**

Die europäische Integration hat in den letzten Jahrzehnten erfreuliche Fortschritte gemacht. Vieles, was am Anfang dieser Entwicklung undenkbar erschien, ist inzwischen erreicht. Vom hohen Norden Skandinaviens bis an das Mittelmeer, von der Atlantikküste bis ins Baltikum gibt es keine Schlagbäume mehr, sind Grenz- und Zollkontrollen fortgefallen. Ein einheitlicher Wirtschaftsraum ist entstanden und in weiten Teilen hat der Euro nationale Währungen ersetzt.

Die europäische Union bildet eine Wertegemeinschaft aus modernen Demokratien, die die Menschen- und Bürgerrechte achten. Konflikte zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten werden friedlich gelöst. Erste Strukturen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind entstanden, damit Europa mit einer Stimme sein Gewicht im Weltgeschehen einbringen kann.

Dazu haben wir Liberalen in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Beitrag geleistet.

Diese positive Entwicklung wird vom weit überwiegenden Teil der Bevölkerung auch positiv aufgenommen. Dennoch ist eine gewisse Europaverdrossenheit in vielen Teilen Europas unverkennbar. Viele Europäer sehen heute die Brüsseler Verwaltung vordringlich als bürokratischen Wasserkopf. Entscheidungen der Kommission werden den Bürgern erst dann bekannt, wenn die nationalen Parlamente sie in nationales Recht transformieren. Europäische Rechtsvorschriften bestimmen längst unseren Alltag, ohne dass es eine wirksame Kontrolle durch eine europäische Öffentlichkeit gibt; selbst die Einwirkungsmöglichkeiten des europäischen Parlamentes sind begrenzt. Europaweite Volksabstimmungen sind nicht vorgesehen. Trotz des Subsidiaritätsgedankens greift die europäische Verwaltung in immer neue Bereiche ein, um auch dort eine Vereinheitlichung der Rechtsvorschriften zu erreichen. Unpopuläre Entscheidungen werden gerne der

europäischen Bürokratie angelastet- von denselben nationalen Politikern, die zuvor diese Beschlüsse getroffen oder nicht verhindert haben.

Seit dem 19. Jahrhundert haben sich liberale Politiker dafür eingesetzt, dass der Erlass von Gesetzen einzig dem Parlament vorbehalten sein soll. Was damals für nationale Parlamenten galt, muss heute auch für Europa gelten.

Demokratie lebt davon, dass die staatliche Gewalt durch die Öffentlichkeit und die Presse kontrolliert wird. Gegenwärtig ist jedoch festzustellen, dass die Bürger Europas von den Entscheidungen in Brüssel und Straßburg kaum Kenntnis erlangen und diese folglich auch nicht miteinander diskutieren.

Deshalb müssen wir uns der Herausforderung stellen, eine europäische Öffentlichkeit herzustellen.

Die Liberalen fordern eine etappenweise Umsetzung des Vertrages von Lissabon.

### **Wir Liberalen fordern:**

#### **I. Europäische Strukturen:**

- eine deutliche Stärkung der Rechte des Europäischen Parlamentes
- Wahl und mögliche Abwahl der Kommissare durch das Europäische Parlament
- Klare Regelungen und Kontrollmechanismen in Bezug auf das Subsidiaritätsprinzip
- europaweite Volksabstimmungen bei bedeutenden europäischen Themen

#### **II. Zusammenwachsen der europäischen Bevölkerung**

- die Förderung europäischer Nachrichtenmedien, die über politische Entscheidungen und Entwicklungen in den europäischen Institutionen und den Mitgliedsstaaten berichten
- Förderung des Erwerbs europäischer Sprachen für Berufstätige
- Förderung von Aufenthalten in anderen EU-Staaten zur beruflichen Ausbildung und Fortbildung (Erasmusprogramm für Berufstätige)
- Angleichung der Ausbildungsinhalte im nichtakademischen Bereich
- Förderung von Ausbildungsabschnitten im EU-Ausland für Nichtakademiker (Auszubildende)
- weitergehende Förderung von Studienaufenthalten im EU-Ausland
- Ausweitung des Jugendaustauschs

- Austausch von Verwaltungsmitarbeitern, Grenzbeamten, Polizisten u. a.
- Förderung gemeinsamer Kulturveranstaltungen und Volksfeste in den Grenzregionen

### **III. Bildung**

- Förderung von Europaschulen, die neben der Muttersprache eine weitere Sprache als gleichwertige Unterrichtssprache verwenden
- Europaweit anerkannte Schulabschlüsse.
- Förderung des Schüler- und des Lehreraustausches zwischen den Staaten der EU; keine laufbahnrechtliche Diskriminierung von Lehrern aus anderen EU-Staaten
- Errichtung von Europauniversitäten
- Förderung europarelevanter Studiengänge

### **IV. Innen und Rechtspolitik**

- die Erleichterung der Rechtsverfolgung in der europäischen Gemeinschaft und für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Verbraucher erforderlichen und sinnvollen Anpassungen des europäischen Wirtschafts-, Zivil- und Prozessrechtes. (In einem europäischen Binnenmarkt und im Internetzeitalter darf die Rechtsverfolgung nicht an nationalen Unterschieden und den damit verbundenen sehr hohen Prozesskosten scheitern.)
- Die Verfolgung von Straßenverkehrsdelikten muss europaweit aufwandsarm möglich sein.
- es muss europaweit gewährleistet sein, dass jeder Halter eines KFZ auch tatsächlich versichert ist

### **V. Wirtschaft**

Libérale Wirtschaftspolitik beinhaltet ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft in Europa.

Wir fordern deshalb:

- eine einheitliche Aufsicht über Finanzinstitute in Europa
- einheitliche Bilanzierungsregelungen für Finanzinstitute mit strengeren Bewertungsmaßstäben (maximal Anschaffungswert)
- Einbeziehung von zugesagten aber nicht ausgezahlten Krediten in die Eigenkapitalunterlegung.

- Erhöhung der Transparenz der Finanzangebote für private Anleger.
- Überführung der europäischen Landwirtschaft in marktwirtschaftliche Strukturen
- lineare Rückführung aller Agrarsubventionen bis 2013
- weitere Entflechtung und Entmonopolisierung des europäischen Energiemarktes
- Ausbau des europäischen Leitungsnetzes für Energie und Anschluss sämtlicher EU-Staaten an ein europäisches Verbundnetz

## **VI. Verkehrspolitik**

- Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze
- bessere Verknüpfung der nationalen Verkehrsnetze für den grenzüberschreitenden Nachbarschaftsverkehr, insbesondere zwischen Deutschland, Polen, Tschechien und der Slowakei.
- Neubau europäischer Hochgeschwindigkeitsstrecken zur Verbindung der Regionen

## **VII. Außen- und Sicherheitspolitik**

- Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
- Fortentwicklung des KSZE-Prozesses - Fortsetzung des Dialoges mit Russland
- Schaffung europäischer Eingreiftruppen unter europäischem Oberbefehl neben den nationalen Streitkräften
- weitere Aufnahmen in die EU dürfen nur erfolgen, wenn die Kopenhagen - Kriterien erfüllt sind (Vertiefung vor Erweiterung)
- Ausbau der Partnerschaftsabkommen mit den Nachbarstaaten der EU in Osteuropa und im Mittelmeerraum
- Strategie zur Sicherstellung der Energieversorgung Europas